

Böllerverbot in Berlin abgelehnt: Chaos und Diskussionen zum Silvester!

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat ein generelles Böllerverbot abgelehnt. Die Debatte um Silvesterkrawalle und Sicherheit wird intensiver.



Berlin, Deutschland - Ein generelles Böllerverbot in Berlin wurde am Donnerstag vom Abgeordnetenhaus abgelehnt. Die Abstimmung fiel zugunsten eines Antrags der Grünen, der die Sicherheitslage an Silvester in den Fokus stellte. Die Diskussion über die Vorkommnisse in der Silvesternacht, die fast 400 Verletzte und Sachschäden in Millionenhöhe verursachte, war ein zentraler Punkt in den Verhandlungen. Angesichts dieser verheerenden Bilanz forderten die Grünen ein Verkaufsverbot für Pyrotechnik und flächendeckende Böllerverbotzonen, um Mensch, Tier und Umwelt zu schützen. Doch CDU, SPD und AfD lehnten den Antrag mehrheitlich ab, wie **BZ Berlin** berichtet.

In der Aktuellen Stunde diskutierten die Abgeordneten auch

über eine Petition der Polizeigewerkschaft für ein Böllerverbot. Burkard Dregger (CDU) warf ein, dass die Debatte über die Silvester-Vorkommnisse notwendig sei, um die Menschen zum Nachdenken über ihr Verhalten anzuregen. Er zeigte jedoch auf, dass die Hauptursache der Verletzungen und Schäden bereits durch derzeit verbotene Böller bedingt sei. Ähnliche Ansichten wurden von Ronald Gläser (AfD) geäußert, der darauf hinwies, dass überwiegend Jugendliche mit Migrationshintergrund für die Krawalle verantwortlich seien. Diese Aussagen stießen auf Widerspruch, insbesondere von Niklas Schrader (Linke), der die Diskussion als rassistisch einstufte.

Rufe nach einem Böllerverbot

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben am 6. Januar 2025 mehr als 1.961.000 Unterschriften für ein flächendeckendes Böllerverbot übergeben. Dieses Verbot soll eine umfassende Regelung für den privaten Gebrauch von Pyrotechnik zum Ziel haben, um die Sicherheit der Menschen sowie den Schutz von Tieren und der Umwelt zu gewährleisten. Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH, stellte klar, dass die aktuelle Böllerei nicht nur immense Schäden verursacht, sondern auch zahlreiche Verletzte mit schwersten Folgen hinterlässt. Vorschläge zur Kontrolle des Imports seien nicht ausreichend, um die chaotischen Zustände bei den Feierlichkeiten zu lösen.

Resch kritisierte die Politik, insbesondere die Bemerkung von Bundeskanzler Scholz, der die Forderung nach einem Böllerverbot als „irgendwie komisch“ abtat. In der Realität sei die Situation für die Opfer der Feuerwerksunfälle alles andere als lustig. Er appellierte an die Innenministerin Nancy Faeser, vor der Neuwahl eine Anpassung der Sprengstoffverordnung auf den Weg zu bringen. Der Landesvorsitzende der GdP Berlin, Stephan Weh, nannte die Übergabe der Petition einen wichtigen Schritt, verwies jedoch auf die Notwendigkeit, Maßnahmen konkret umzusetzen. Die breite Unterstützung der Petitionen zeige, dass die Öffentlichkeit bereit sei für einen grundlegenden Wandel in

der Regelung der Pyrotechnik.

Organisierte Feuerwerke als Alternative?

Die DUH verfolgt mit ihrer Aktion das Ziel, private Böllerei gänzlich zu verbannen und stattdessen einzigartig organisierte Feuerwerke durch Fachpersonal zuzulassen, ähnlich wie in internationalen Städten wie Sydney oder London. Das wachsende Aktionsbündnis für ein böllerfreies Silvester umfasst dabei nicht nur die DUH, sondern auch 34 weitere Organisationen, die sich für diesen Wandel stark machen. Diese Initiative zeigt den zunehmenden Druck auf die Politik, endlich auf die überwältigende Zahl von Unterstützern zu reagieren und Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl Menschenleben als auch Tiere schützen.

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ursache	Böller
Ort	Berlin, Deutschland
Verletzte	400
Quellen	• www.bz-berlin.de • www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de